

**Reinhard Liebscher / Gunnar Winkler**

**Vortrag 30.04.2004 Zukunftskonvent Berlin**

## **Demographisches Schicksal zwischen Renten- und Familienpolitik**

Rentenpolitik kann unter den verschiedensten Blickwinkeln gesehen werden. Sie kann sowohl eingeschränkt bleiben auf eine Politik zur Sicherung der Alterseinkommen als auch erweitert werden auf den Ausbau senioren-gerechter Freizeit- und Pflegeangebote, auf Anti-Aging-Programme und die Einflussnahme auf seniorenfreundliche Produktentwicklung.

Eine **nachhaltige** Rentenpolitik besteht für uns nicht in der neoliberalen Tendenzen folgenden immer stärkeren Umverteilung auf individuelle Vorsorge, sondern in einer **nachhaltigen** Familienpolitik.

Dies begründet sich zumindest aus zwei Aspekten:

**Erstens** bildet die Familie den emotionalen Rahmen und Anker für ein erfülltes Leben im Alter und

**zweitens** kann nur über die Gestaltung familienfreundlicher Rahmenbedingungen eine langfristig wirkende Abschwächung der Tendenz der Verschiebung der Altersstruktur in Deutschland zuungunsten der Jüngeren erreicht werden.

Wie vielen Medien zu entnehmen ist, gibt es gegenwärtig eine innenpolitische Bedrohung des deutschen Sozialstaates durch den demographischen Wandel.

Demographische Keule, Überalterung, Vergreisung, Krieg der Generationen usw. sind inzwischen gängige Begriffe, um den direkten Eingriff des

Staates in die Einkommensverhältnisse der Mehrheit seiner Bürger zu rechtfertigen.

Ohne die sich seit mehr als hundert Jahren vollziehenden demographischen Veränderungen zu leugnen, bleibt aber festzuhalten, dass sie allesamt keine Entwicklung charakterisieren, die erst seit vier oder zehn Jahren erkennbar wäre.

Neu ist der konsequente Um- und Abbau des Sozialstaates auf Grundlage einer "wissenschaftlichen Vorausschau" über künftige demographische Entwicklungen, der darauf zielt, die bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse zugunsten einer Umverteilung von unten nach oben neu zu gestalten.

Zwei Bemerkungen genereller Art sind dazu erforderlich:

**Erstens** reflektieren demographische Entwicklungen immer die Veränderungen ökonomischer und sozialer Verhältnisse, reagieren gewissermaßen "im Nachhinein" auf erfolgten bzw. erfolgenden ökonomischen und sozialen Wandel.

Das lässt sich im Einzelnen an der Geburtenentwicklung ebenso belegen wie an Veränderungen in den Familienformen oder dem Ansteigen der allgemeinen Lebenserwartung.

**Zweitens** bergen Bevölkerungsprognosen (oder auch angefertigte Voraussagen zur Bevölkerungsentwicklung) einen "Risikofaktor", der im Maße des vorgegebenen Zeithorizontes zunimmt. Zwei Beispiele mögen das belegen:

- Eine 1902 erarbeitete Prognose für 1950 (analog der vorliegenden 10. Bevölkerungsvorausberechnung der Bundesregierung von 2002 für

2050) konnte weder den ersten noch den zweiten Weltkrieg mit seinen enormen Auswirkungen auf die Geburtenentwicklung und die männlichen Kriegstoten vorwegnehmen, welche bis in die Gegenwart die Alters- und Geschlechtsstruktur der deutschen Bevölkerung maßgeblich prägen; das betrifft auch die erfolgten Umsiedlungen im Ergebnis des 2. Weltkrieges entsprechend der Vereinbarung der Siegermächte.

- Eine 1952 erarbeitete Bevölkerungsprognose für die Bundesrepublik bzw. die DDR für das Jahr 2000 konnte weder die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten vorwegnehmen, noch die Auswirkungen der Antibabypille, noch die Wanderungswellen von Ausländern in den 50er Jahren in die Bundesrepublik oder die Aussiedlungen in den 90er Jahren, noch die innerdeutschen Wanderungen. Ebenso wenig waren der Trend zur Klein-Familie oder die zunehmende Zahl von Alleinlebenden und Alleinerziehenden in ihrer Wirkung auf die Geburtenzahlen und Alterung erkennbar. Insofern sind die vielen Warnungen des Arbeitens mit langfristigen Vorausberechnungen durchaus ernst zu nehmen<sup>1</sup>. Dies soll und darf aber nicht bedeuten, dass die Vorwegnahme möglicher Entwicklungen in Bevölkerungszahlen und -strukturen ohne Belang wäre.

Sie liefert durchaus Ansatzpunkte für eine mögliche gezielte, wenn gewollte Einflussnahme auf demographische Prozesse. Insofern wäre dem Ansatzpunkt der "Nachhaltigkeit", den die Bundesregierung verfolgt, durchaus zuzustimmen, wenn er nicht missbraucht würde, um kurzfristige Finanzie-

---

1 Vgl. Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik, Diskussionsmaterial, Köln Dezember 2003, S. 3; vgl. Mythos Demografie, Schriftenreihe Wirtschaftspolitik ver-di, Berlin Oktober 2003

rungsstrukturen des Staates und der Wirtschaft anstelle demographischer Strukturen zu beeinflussen.

Nach wie vor gilt für demographische Prozesse das sogenannte Trägheitsmoment einer nur langfristig beeinflussbaren Veränderung - Einschnitte wie in die Geburtenentwicklung der neuen Bundesländer nach 1990 stellen - nur mit dem radikalen gesellschaftlichen Umbruch - erklärbare Ausnahmen dar.

Neue Kriege und natürliche Katastrophen ausgeschlossen - sind die demographischen Grundstrukturen der nächsten Jahrzehnte gesetzt, mit zwei Ausnahmen: der Geburtenentwicklung und der Zu- bzw. Abwanderung.

Die zu erwartenden Strukturen - insbesondere die Altersstrukturen - werden demzufolge nur über die Realisierung vorhandener Kinderwünsche bzw. eine gezielte Einwanderungspolitik langfristig beeinflussbar sein.

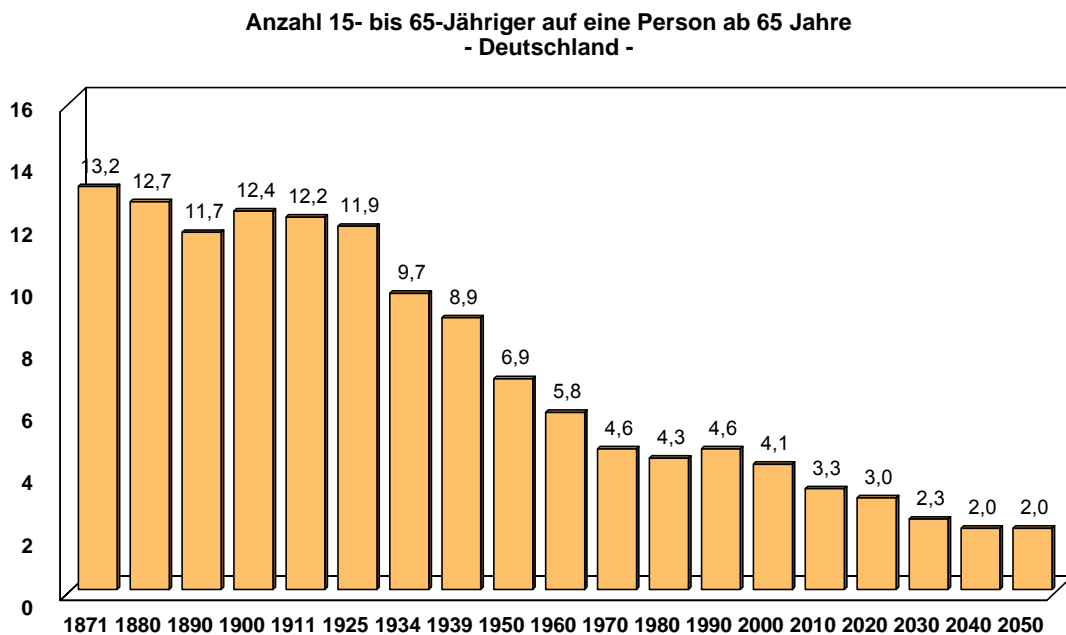
Eine Beibehaltung der gegenwärtigen Trends heißt, die stete Veränderung der Altersstruktur zuungunsten jüngerer Gruppen als historisch unveränderbar zu akzeptieren.

Die seit Mitte der 90er Jahre in Gang gesetzte Diskussion um "Vergreisung" und "Überalterung" der "deutschen Bevölkerung" ist der - bisher durchaus wirkungsvolle Versuch, die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit und Fehler in der Finanz- und Steuerpolitik zu verdecken.

Aber demographische Veränderungen mit zunehmendem Anteil älterer Menschen, mit sich erhöhender "demographischer Last" - wie der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2003 definiert - gibt es in Deutschland seit über 100 Jahren.

1871 kamen auf einen Bürger über 65 Jahre 13 Menschen im Alter von 15 bis 65 Jahren, 1925 noch 12, 1950 noch 7 und 2000 waren es nur noch 4.

Das haben Herr Reuter und seine Kollegen von ver.di in ihrer Publikation *Mythos Demographie* anschaulich dargestellt.



Quelle: *Mythos Demographie*, Schriftenreihe Wirtschaftspolitik ver.di, Berlin, Oktober 2003, S. 8

Nicht der demographische Wandel ist neu - dieser wurde in der Vergangenheit über viele Jahrzehnte durch Produktivitätssteigerung abgefangen - neu ist, dass der Staat durch direkten Eingriff in das Einkommen der Bürger versucht, kurzfristige Lösungen zu erreichen, obwohl die real vorhandenen höheren Aufwendungen für eine steigende Zahl älterer Menschen - wie Gutachten belegen - durch mehr Beschäftigung und Produktivität jederzeit abzufangen sind.

Dem Ansatzpunkt der "Nachhaltigkeit", den die Bundesregierung verfolgt, wäre durchaus zuzustimmen, wenn er nicht missbraucht würde, um aktuelle

Finanzierungsstrukturen anstelle demographischer Strukturen zu beeinflussen.

Die gegenwärtige Politik ist keine Politik mit dem Ziel einer Änderung demographischer Strukturen, **sie ist gerichtet auf** eine Umverteilung der finanziellen Auswirkungen demographischer Prozesse vom Staat und von der Wirtschaft einerseits auf die Familien im weitesten Sinne andererseits.

Insofern ist das gegenwärtige Hauptproblem nicht die Aussagefähigkeit der vorliegenden statistischen Hochrechnungen, die entsprechend den vorgegebenen Parametern nicht anzuzweifeln sind, **sondern** die Politik der vergangenen Jahre

**als** eine nicht auf demographische, sondern auf ökonomische Veränderung zielende Politik, die demographische Entwicklungen der Gegenwart mit allen ihren Konsequenzen fortschreibt und beschleunigt und dies dann zur Begründung neoliberalen Wandels heranzieht;

**als** eine Politik, die jegliche Einflussnahme auf demographisch noch existente Einflussfaktoren außer Acht lässt oder hinsichtlich der unsäglichen Zuwanderungsdiskussion eher kontraproduktiv wirkt

**und als** eine kurzfristig auf Sanierung der Finanzen ausgerichtete Politik, die den Begriff der Nachhaltigkeit nicht verdient.

Auch hierfür mögen wenige Beispiele als Beweise angebracht werden:

- a) An die Stelle einer Diskussion um den neuen Inhalt eines Gesellschaftsvertrages rückt der sogenannte Generationenvertrag ins Zentrum der Politik.

Mit der Diskussion um den Generationenvertrag wird die eigentliche politische Zielstellung, die Umverteilung der verfügbaren Ressourcen, auf die Beziehung zwischen Generationen verschoben. Es werden Veränderungen ökonomischer Strukturen mit Generationsbeziehungen überdeckt, d. h. in die Verantwortung von Eltern für Kinder, von Großeltern für die nachrückenden Generationen usw. abdelegiert. Aus etwas Gesellschaftlichem wird "Familiäres", dem Einzelnen eher Vertrautes. Die Beziehung: Staat - Wirtschaft - Bürger/Familie wird ersetzt durch Kindergeneration - Elterngeneration - Großelterngeneration usw.

Der sog. Generationenvertrag wurde - wie man zuweilen hört - nicht durch die demographische Entwicklung aufgekündigt<sup>2</sup>, sondern durch eine Wirtschaftspolitik die weder hinreichend Arbeitsplätze noch generationengerechte Verteilungsstrukturen, noch ein kinder- und seniorenfreundliches Klima sichert.

- b) Die Freiheiten und Gestaltungsräume unserer Kinder werden durch eine solche Politik immer weiter eingeschränkt, indem diese zukünftig konfrontiert sind

mit der Rückzahlung enormer Schuldenlasten bei gleichzeitiger Unterstützung einer zunehmenden Zahl von älteren Menschen und mit

---

2 Landsberg, G.: Alter - Der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: Deufel, K./Wolf, M.), Herder Verlag Freiburg 2003, S. 40

der Wartung einer durch den Bevölkerungsrückgang nicht mehr im bestehenden Umfang benötigten Infrastruktur.

Etwas drastisch beschreibt dies Adrian:

Wenn ein Familienvater sich gegenüber seinen Kindern so verhielte wie sich der Staat (d. h. wir alle) gegenüber den nachfolgenden Generationen verhält, würde jeder ihn für verantwortungslos halten: Eigentum verkaufen und jede Investition mit Schulden finanzieren, die später die Kinder bezahlen sollen.

Das kann sowohl zu weiterer Abwanderung junger Menschen als auch zu deren bewusstem Verzicht auf eigene Kinder führen - wie Adrian in einem sehr informativen Folienskript darstellt<sup>3</sup>

- c) Die Sanierung der Finanzen ist kein "demographisches" Problem. Letztlich geht es um die Neuaufteilung des Produktivitätszuwachses.

Untersuchungen belegen, dass der Produktivitätsgewinn der letzten Jahrzehnte deutlich über den wachsenden Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme liegt.

Auch die Kommissionen von Herzog und Rürup gehen von deutlich steigenden Produktivitätsentwicklungen aus, die bis 2050 bei einer Steigerung auf 185 % bis 240 % liegen. Das würde sowohl die Leistungssysteme sichern als auch individuellen Einkommenszuwachs

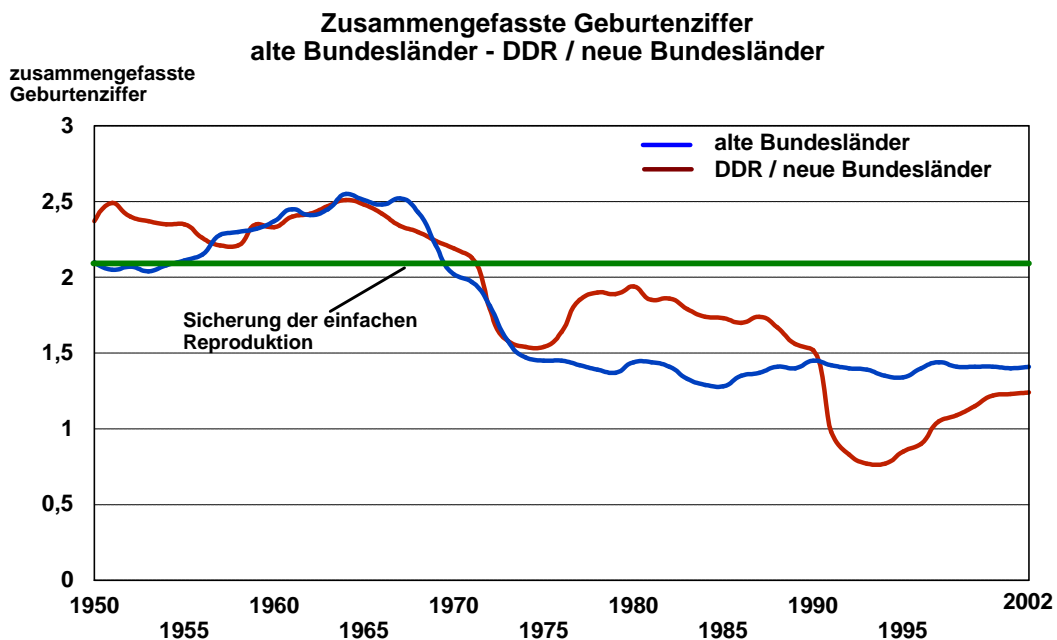
---

3 Prof. Hermann Adrian-([www.uni-mainz.de/FB/Physik/AG\\_Adrian/hadrian.html](http://www.uni-mainz.de/FB/Physik/AG_Adrian/hadrian.html))-  
Notar Axel Adrian ([www.notar-adrian.de](http://www.notar-adrian.de))

der Erwerbstätigen und Rentner, wobei auch die Entwicklung der Gewinnspanne noch hinreichend wäre.

- d) Einkommensreduzierung bei Senioren und Arbeitslosen anstelle wirkungsvoller Familien- und Arbeitsmarktpolitik ermöglicht Einschnitte bei den Generationen und sozialen Gruppen, die der Politik - zumindest gegenwärtig noch - den geringsten Widerstand entgegenbringen. Senioren und Arbeitslose können mit Streiks keine wirtschaftlichen Effekte erzielen - außerdem sind sie - wenn überhaupt - weitaus "unpolitischer" organisiert.

Die Verschiebung der Altersstrukturen hat ihre Ursachen nicht nur in einer gewollten und erfolgreichen Verlängerung der Lebenserwartung, sondern insbesondere im Fehlen von nachrückenden Jahrgängen aufgrund des Geburtenrückgangs.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Während sich bis in die 60er Jahre die Bevölkerung - außer in Krisenzeiten wie zum Ende der beiden Weltkriege sowie während der Weltwirtschaftskrise - zumindest einfach reproduzierte, ist seit Anfang der 70er Jahre selbst diese einfache Reproduktion nicht mehr gewährleistet.

Hier ist durchaus Norbert Blüm zuzustimmen, dass "sinkende Geburtenzahlen keine exklusive Bedrohung der Rentenversicherung, sondern eine Gefährdung der gesamten Gesellschaft<sup>4</sup> sind.

Die bisherige Geburtenentwicklung ist neben anderen ein Indikator:

- für die mit der zunehmenden Erwerbsarbeit - insbesondere von Frauen - gegebenen Möglichkeiten für Frauen, ein auf eigener Erwerbsarbeit beruhendes Einkommen zu erzielen und die ökonomische Abhängigkeit vom Mann zumindest einzugrenzen und entsprechender Einschränkung der Geburtenhäufigkeit;
- für die veränderten Rahmenbedingungen, die z. B. durch eine entsprechende außerfamiliäre Kinderbetreuung die Möglichkeit der Vereinbarung von Erwerbsarbeit und Mutterschaft / Elternschaft ermöglichen würden;
- für die generellen Möglichkeiten einer bewussteren Familienplanung, welche Freiheit in diesem Bereich nicht auf die Bestimmung des Zeitpunktes der Geburt von Kindern, deren Anzahl und zeitlichen Abstand

---

4 Blüm, Norbert: Generationenvertrag - Versuch einer Erläuterung für die Nachwachsenen, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: Deufel, K./Wolf, M.), Herder Verlag Freiburg 2003, S. 110

begrenzt, sondern die eigenständige Bestimmung der Art und Weise der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutterschaft / Elternschaft einschließt (was des Vorhandenseins von Arbeitsplätzen ebenso bedarf wie kommunaler Infrastrukturen z. B. zur Kinderbetreuung);

- den Willen der Politik, solche Bedingungen zu schaffen, dass sich Frauen und ihre Partner einen vorhandenen Kinderwunsch erfüllen können;
- aber auch für sich wandelnde Lebensentwürfe Heranwachsender sowohl hinsichtlich der kontinuierlichen Beteiligung am Erwerbsleben als auch hinsichtlich der Gestaltung ihrer frei verfügbaren Zeiten.

Die Verschiebung der Altersstrukturen hat ihre Ursachen nicht nur in einer gewollten und erfolgreichen Verlängerung der Lebenserwartung, sondern insbesondere im Fehlen von nachrückenden Jahrgängen aufgrund des Geburtenrückgangs. Aber: "Sinkende Geburtenzahlen sind keine exklusive Bedrohung der Rentenversicherung, sondern eine Gefährdung der gesamten Gesellschaft<sup>5</sup>. Es gibt kein demographisches "Schicksal".

Langer Zeit handelte die bundesdeutsche Gesellschaft nach dem 1950 von Adenauer geäußerten Satz: „Für Familien tun wir nichts, denn Kinder kriegen die Leute sowieso.“

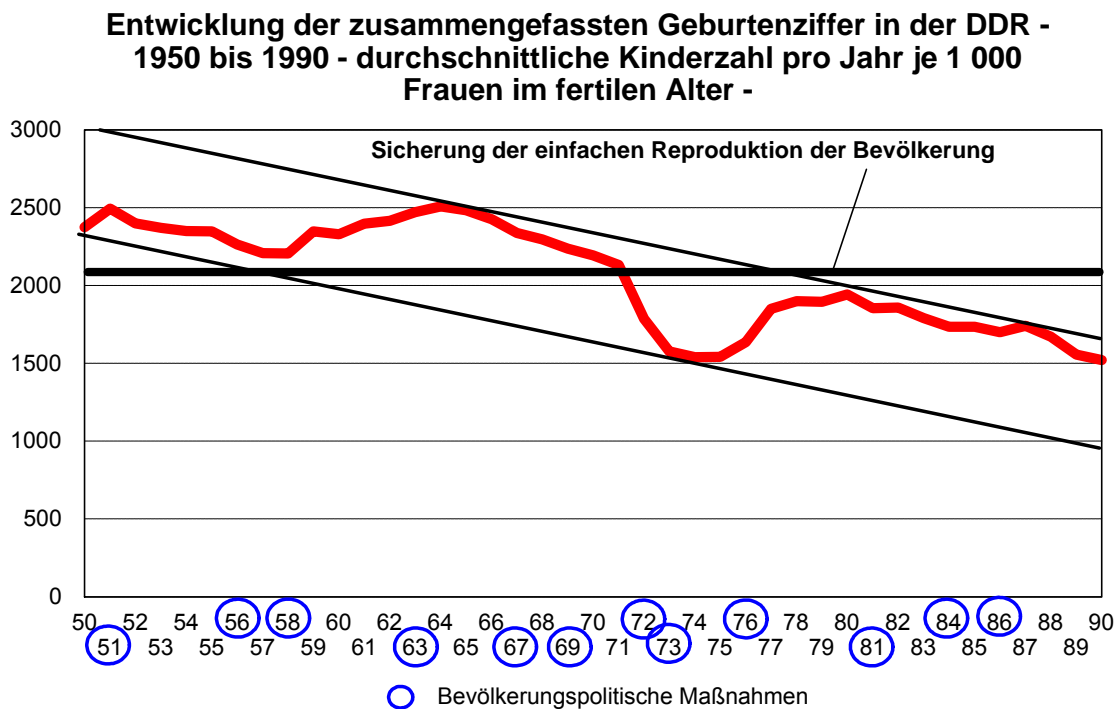
Das stimmt ja schon, **aber wie viel**, das ist durchaus von den gesetzten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zumindest mitbestimmt.

---

5 Blüm, Norbert: Generationenvertrag, a.a.O., S. 110

So richtig die Aussage ist, "staatliche Politik kann keine Kinderwünsche erzeugen"<sup>6</sup>, so einseitig bleibt sie, wenn nicht hinzugefügt wird, dass der Sozialstaat in der Verantwortung ist, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen und Familien ermöglichen, den vorhandenen Kinderwunsch zu realisieren und Männer und Frauen nicht dazu zwingt, sich aus sozialen Ängsten - bezogen auf ihre eigene Lage und die Zukunft der Kinder - gegen die Geburt von Kindern zu entscheiden.

Das derartige „Stellschrauben“ möglich sind, zeigt die aktive Bevölkerungs- und Familienpolitik in der DDR in den 70er Jahren.



Quelle: H. Wendt: Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten, zwischen Konvergenz und Divergenz, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3/1991, S. 254.

6 Landsberg, G.: Alter - Der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: Deufel, K./Wolf, M.), Herder Verlag Freiburg 2003, S. 40

Die verschiedenen Maßnahmen zur Geburtenförderung hatten auch Erfolge, jedoch nur zeitweilig und ohne das erklärte Ziel, die einfache Reproduktion der Bevölkerung, wieder zu erreichen.

Dies nur als exemplarisches Beispiel ohne hintergründige DDR-Nostalgie. Warum die Geburtenziffer seit 1980 wieder sank, soll jetzt hier nicht weiter diskutiert werden.

Der Generationenvertrag ist nicht durch die demographische Entwicklung aufgekündigt, sondern durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die eine Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen nicht bzw. nur eingeschränkt ermöglichte bzw. ermöglicht.

Das über Jahrzehnte geprägte Bild der Entscheidung zwischen Erwerbsarbeit und guter Kindererziehung in der Familie zeigt - bei allen bekannten Gegenargumenten - nach wie vor Wirkung.

Die gerade veröffentlichten Daten zur Studie der Zeitschrift STERN<sup>7</sup> : **Perspektive Deutschland, wie wir leben, was wir denken, was wir wollen**, verweisen diesbezüglich auf deutliche Differenzierungen zwischen den alten und neuen Bundesländern:

Während in den alten Bundesländern zwischen einem Drittel der Befragten in Hamburg und der Hälfte im Saarland meinen, dass die Entwicklung der Kinder durch die Berufstätigkeit der Mutter leidet, vertreten diese Auffassung in den neuen Bundesländern sichtlich weniger. Am häufigsten in Thüringen mit 29 % am geringsten in Brandenburg mit weniger als einem Viertel (24 %):

---

7 <http://www.stern.de/politik/perspektivedeutschland/index.html?id=501574&nv=sb>

Der feststellbare Kinderwunsch liegt deutlich über der realisierten Geburtenzahl.

Die Daten, auf deren Basis die STERN-Studie beruht, weisen einen Kinderwunsch der Frauen im Alter von 16 - 44 Jahren von bundesdurchschnittlich 1,78 Kinder aus, mit territorialen Schwankungen ohne eine Ost-West-Differenzierung.

Für die neuen Bundesländer können wir mit den Daten der empirischen Reihe „Leben in den neuen Bundesländern“ die anderorts ebenfalls festgestellte hohe Konstanz des Kinderwunsches empirisch bestätigen.

Entwicklung des Kinderwunsches von 18- bis 44-jährigen Frauen  
1990 bis 2001 - neue Bundesländer  
in Prozent

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
keine Vorstellungen	25	17	28	24	24	16	19	23	23	29	25	27
kein Kind	0	0	6	1	3	3	2	1	2	4	3	2
1 Kind	13	12	10	12	11	11	10	9	13	9	11	12
2 Kinder	47	53	45	51	49	53	49	51	50	46	47	46
3 Kinder	15	17	11	12	13	16	21	16	12	11	14	13

Datenbasis: sfz / leben in den neuen Bundesländern, jährliche empirische Erhebung (gew.)

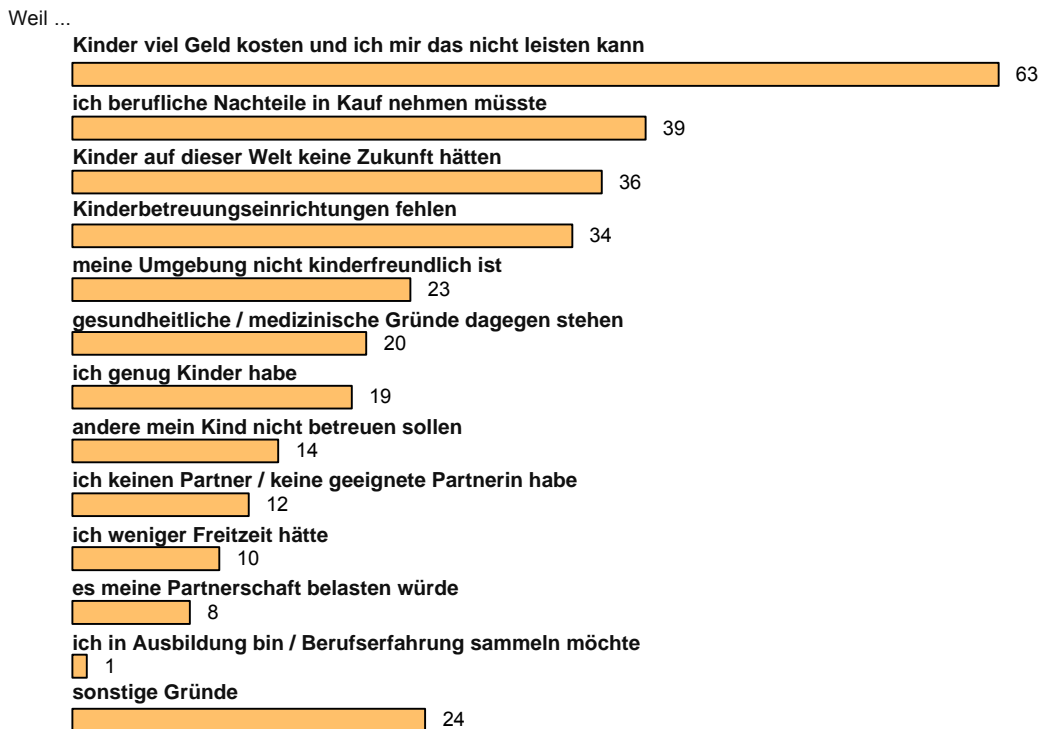
Aber auch die vollständige Realisierung dieser Wünsche - de facto jedoch unrealistisch - würde den Rückgang der Bevölkerung nur verlangsamen, nicht stoppen.

Die Daten des SFZ zeigen weiterhin, dass die Realisierung des Kinderwunsches mit den Einschätzungen über die zukünftigen Gestaltungsbedingungen eines Lebens mit Kindern korrelieren. Je negativer die Zukunftsaus-

sichten gesehen werden, um so größer ist die Differenz zwischen Kinderwunsch und Realisierung.

Wirtschaftliche Bedenken liegen an erster Stelle der Gründe gegen die derzeitige Realisierung von Kinderwünschen.

**Warum wollen Sie im Moment kein Kind bzw. keine weiteren Kinder bekommen? – in Prozent -**



Quelle: Perspektive Deutschland, Stern-Infografik,

Gleichwohl beginnt jetzt ein Prozess des Umdenkens in der Politik, wie exemplarisch in einem Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik **„Deutschland braucht mehr Kinder“** von Frau Bundesministerin Renate Schmidt sichtbar wird.

Wenn das ganze gegenwärtig noch mehr als halbherzig verfolgt wird, so nicht zuletzt deshalb, weil in der gegenwärtigen Periode auf den Arbeitsmarkt drängende Frauen die Probleme eher verschärfen als entschärfen.

Maßnahmen im Bereich der Geburtenentwicklung müssten darüber hinaus weitgehend vom Staat finanziert werden bzw. von den Kommunen. Das würde die Konflikte der Staatsfinanzen weiter belasten.

Andererseits wird oft in den demographischen Szenarien "vergessen", dass die erwerbsfähige Bevölkerung nicht nur für einen wachsenden Teil der mit dem Erreichen des Rentenalters aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Älteren aufkommen muss, sondern auch für diejenigen, die noch nicht das Erwerbsalter erreicht haben<sup>8</sup>.

Diese Aufwendungen reichen vom Wohnen über die Versorgung und Ausbildung bis zur gesundheitlichen Betreuung, um nur einige Aspekte zu nennen.

Die Zusammenfassung des Jugend- und Altenquotienten ergibt den Gesamtquotienten, wobei die sinkenden Anteile der jungen Menschen die Gesamtbelastung in nicht so dramatischen Zahlen erscheinen lassen wie nur der eingeschränkte Blick auf den Altenquotienten:

Bei Anerkennung der Daten der 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes nimmt der Gesamtquotient bis zum Jahre 2020 nur um 7 % zu gegenüber einer 25 %-Zunahme des Altenquotienten. Am Ende des Vorausschauzeitraumes im Jahre 2050 würde der Gesamtquotient um 37 % gegenüber dem Jahr 2001 zunehmen, der Altenquotient für sich um 77 % .

---

<sup>8</sup> Vgl. G. Bosbach: Demographische Entwicklung ..., a.a.O.

	Ältere	Junge	Gesamt
2001	44	38	82
2020	55	33	88
2050	78	34	112
Entwicklung			
2001	100	100	100
2020	125	87	107
2050	177	89	137

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 ("mittlere" Variante), Statistisches Bundesamt, Presseexemplar vom 6.6.2003

Die gezielte Überbetonung demographischer Alterung überhöht demographische Entwicklungen im Interesse des gewollten Sozialabbaus.

Wer zunehmende Selbstbeteiligungen bei sozialen Basisleistungen wie zum Beispiel bei der Sicherung des Alterseinkommens präferiert, will die Abkehr vom Solidarprinzip, will eine Entsolidarisierung und Individualisierung sozialer wie demographischer Probleme.

Wer demographische Entwicklungen zu Rentenkürzungen nutzt, will eine Umverteilung des erzeugten Reichtums zuungunsten der Schichten mit geringerem Einkommen.

**Es bleibt festzustellen:**

1. Die Finanzierung von zunehmenden Sozialtransfers ist untrennbar verbunden mit der Verwendung von Steuergeldern, deren verfügbare Höhe und Verteilungsstruktur.

Wenn Steuererhöhungen ebenso vermieden werden sollen wie die weitere Umverteilung zu Lasten der sozial Schwachen, gilt der tatsächlichen Schaffung von Arbeitsplätzen die oberste Priorität - mehr Erwerbstätige zahlen mehr Steuern und weniger Arbeitslose benötigen weniger Sozialtransfers.

Dabei geht es nicht um statistische Effekte, die sich hinter vielen der Harz-Konzepte verbergen, sondern um die Forderung an Politik und Wirtschaft, das Verhältnis von effektivitätsbedingtem Arbeitsplatzabbau und der Neuschaffung von Arbeitsplätzen nachhaltig zugunsten neuer, den Bedürfnissen der Menschen entsprechender Formen der Erwerbsbeteiligung zu gestalten.

2. Nachhaltigkeit in den demographischen Strukturen bedingt – auf Grund des begrenzten Einflusses auf bereits existente Bevölkerungsstrukturen - vor allem wieder ansteigende Geburtenzahlen.

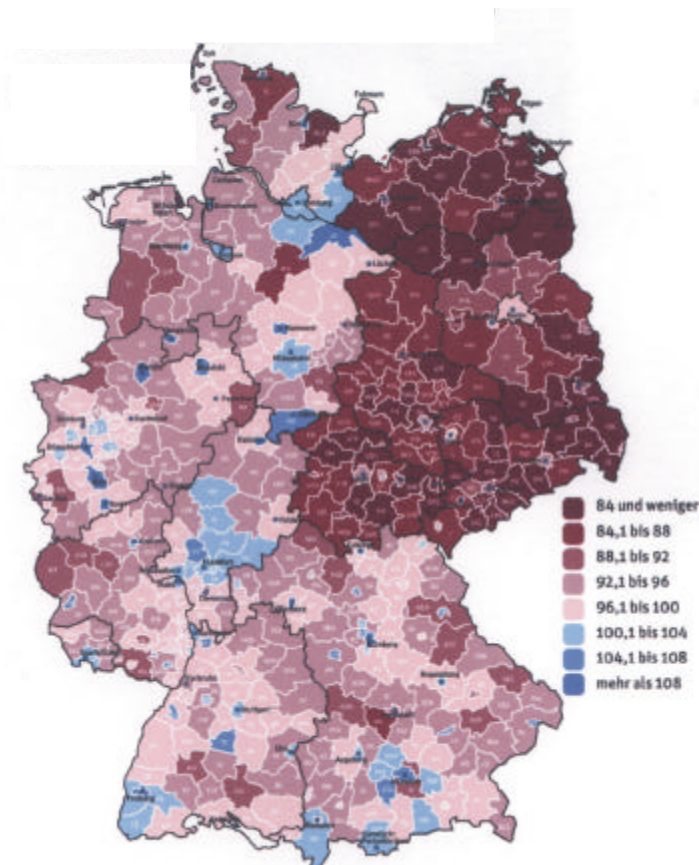
Eine staatliche Geburten- und Familienpolitik ist keine Einschränkung von Freiheit, sondern politische Gestaltung der Bedingungen für freie Entscheidungen über Zahl, Zeitpunkt und zeitlichen Abstand der Geburt von Kindern sowie der Art und Weise der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Elternschaft.

Die dazu beitragenden Möglichkeiten sind vielfältig, angefangen von der Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter über Ganztagsgrund- und weiterführende Schulen bis zu wesentlich flexibleren Formen der Teilhabemöglichkeiten am Erwerbsleben, kinderfreundlichen Mietbedingungen und entsprechenden Zugängen zu kulturellen und anderen öffentlichen Einrichtungen, um nur einige Beispiele zu nennen.

3. Nachhaltigkeit bedingt für einen langen Zeitraum eine flankierende Einwanderungspolitik, wobei die gegenwärtig zu beobachtende vorrangige Fokussierung auf leistungsstarke Eliten potentieller Einwanderer nicht das damit verbundene intellektuelle Ausbluten der Herkunftsländer bewirken darf.

Wie schnell Wanderungsprozesse demographische Strukturen verändern zeigen die Entwicklungen der innerdeutschen Wanderungsbewegung von Ost nach West hinsichtlich der Verschiebung der Geschlechterstrukturen

#### **Anteil der Frauen je 100 Männer in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional, eigene Berechnungen. In: Steffen Kröhnert, Nienke van Olst, Reiner Klingholz: Deutschland 2020 - Die demografische Zukunft der Nation, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, S.13

4. Es bedarf keines neuen Generationenvertrages, sondern eines Gesellschaftsvertrages, der die finanziellen Auswirkungen demographischer Veränderungen nicht als Angelegenheit von sozialversicherten Generationen, sondern der gesamten Gesellschaft versteht.

Eine kinderfreundliche, geburtenfördernde Familienpolitik ist damit zugleich nachhaltige Rentenpolitik.